

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Sturmflut für die Fürsten.

### Ein Massenaufgebot an Geld und Papier.

Bergehoch häufen sich bei uns die Flugblätter der Fürstentumsknechte. Aus allen Teilen des Reiches gehen sie uns zu und liefern dadurch den Beweis, daß die „verarmten“ Fürsten und ihre Diener sich den Kampf um ihren Milliardenbesitz wirklich etwas kosten lassen.

In einer einzigen Berliner Druckerei — es ist dieselbe, in der das Blatt der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“ gedruckt wird! — sind Flugblätter in Auflagen hergestellt worden, die in die vielen Millionen gehen. Einige dieser Flugblätter haben wir von sachmännischer Seite im Preise auskalkulieren lassen und dadurch festgestellt, daß allein dieser einen Druckerei Beiträge von 250 000 bis 300 000 Reichsmark gezahlt werden müssen. Wahrscheinlich werden die Ziffern aber viel höher. Und da handelt es sich nur um Aufträge in einer einzigen Druckerei. Gleichzeitig aber werfen die Rotationsmaschinen in Berlin und Breslau, in Königsberg und Münster, in Nord und Süd und West und Ost ungezählte Papiermengen hinaus, alle bedruckt mit Lobpreisungen der „Monarchie“ und mit schamlosen Beschimpfungen jener 12 1/2 Millionen Wähler, die durch Volksbegehren den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten verlangt haben.

Dieser Eifer zeigt, daß die Reaktion mit einem Siege des Volksentscheids rechnet. Deshalb bieten sie alles auf, um den gefürchteten Sieg abzuwehren. Bei der Einzeichnung zum Volksbegehren haben die Leute geschwiegen. Sie glauben, wenn sie in ihren großen und kleinen Blättern des Volksbegehren töschweigen würden, dann wäre der Wille des Volkes tatsächlich tot. Die 12 1/2 Millionen Einzeichnungen haben ihre Angst hervorgerufen. Jetzt überschwemmen sie das Land mit einer Sturmflut von Papier und — Lügen!

Woher stammt das Geld für dieses Massenaufgebot? Die Industrie, die den Arbeitern die Löhne abzwackt, zahlt auch diesen Volksbetrug. Das nachstehende Rundschreiben eines Arbeitgeberbundes sagt alles:

Lipp. Arbeitgeberbund,  
Rundschreiben Nr. 38/26.

Detmold, 26. Mai 1926.

An unsere Mitglieder!

- 1. Betr. Urteil Urlaubsregelung bei Kurzarbeit. . .
- 2. Betr. Fürstenenteignung.

Der Westfälisch-Lippische Wirtschaftsbund übersendet uns das (von uns schon zitierte) Red. d. „Vorwärts“) als Anlage II beigefügte Rundschreiben, von dem wir Kenntnis zu nehmen bitten. Wir müssen es den Mitgliedern überlassen, ob sie auf Grund dieses Rundschreibens uns oder dem Wirtschaftsbunde direkt Mittel zur Verfügung stellen wollen. Der Auffassung des Wirtschaftsbundes, daß mit der Frage der Fürstenenteignung das Problem der Sozialisierung in unmittelbarem Zusammenhange steht und insofern diese Frage für die Industrie von besonderer Bedeutung ist, schließen wir uns voll und ganz an. Es wird unseren Mitgliedern noch in Erinnerung sein, daß ein bekannter demokratischer Reichstagsabgeordneter die Enteignung der Fürstenvermögen nur um deswillen ablehnte, weil es sich um die Enteignung einer einzelnen Gruppe von Personen handelt, daß er aber für eine restlose Enteignung und Sozialisierung des gesamten Grundbesitzes unbedingt eintreten würde.

Lippischer Arbeitgeberbund,  
gez. Dr. Hoffmann,  
Synidius.

Ganz ähnliche Bettelschreiben sind in anderen Teilen des Reichs an die Industriellen verschickt und mit entsprechenden Summen beantwortet worden. Der Landbund, die Organisation der hungernden Agrarier, läßt sich nicht lumpen. Er verweigert zwar dem Reich die Steuern, dafür aber wirft er Unsummen zur Propaganda gegen den Volkswillen aus!

Für die Scharfmacher von Schlot und Halm heißt es: Schläffer und Millionen gehören den Drogen! Den Kriegssopfern und Sozialrentnern aber soll im besten Falle das Asyl für Obdachlose offen stehen! In nur zwei Wochen soll die Entscheidung fallen. Verdoppelt und verdreifacht deshalb die Werbearbeit für den Volksentscheid. Dem papierernen Meer der Fürstentumsknechte stellt gegenüber die eiserne Entschlossenheit, den Willen des Volkes zum Siege zu führen!

## Das Zentrum maßregelt.

### Eine unbequeme Zentrumszeitung wird abgeschüttelt.

Die Tatsache, daß sich Hunderttausende von Zentrumswählern für das Gesetz über Fürstenenteignung ausgesprochen haben, ist dem rechten Flügel der Zentrumskolonie außerordentlich peinlich. Deshalb wird jetzt mit allen Mitteln politischer Druckes darauf hingewirkt, daß wenigstens die Zentrumspresse sich für den Fürstenraub und gegen den Volkswillen ausspricht.

Blätter, die diesem Druck auch nur einen leisen Widerstand entgegenzusetzen, werden nach Noten gerüffelt. Die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, das Frankfurter Zentrumskolonieorgan, hat in aller Eile sich doch immer wieder darauf hingewiesen, daß das Gesetz über entschädigungslose Enteignung immer noch besser sei, als wenn die Fürstentümer und Kaitressen durch die deutschen Gerichte alles zugesprochen erhielten und das Volk betrogen wurde.

Diese Haltung hat dem Blatte nun den Zorn der rechtsstehenden Dortmunder „Trenonia“ zugezogen, die kategorisch erklärte, das Frankfurter Blatte habe sich außerhalb des Zentrums gestellt!

Ob sich die Zentrumswähler, besonders aus den Arbeiterkreisen und aus den Schichten des durch Inflation verarmten Mittelstandes eine solche Behandlung gefallen lassen werden, wird sich am 20. Juni zeigen!

## Die Auslegung der Stimmlisten.

### Die Feststellung der Zahl der Stimmberechtigten.

#### Ämtlich wird gemeldet: . . .

Beim Volksentscheid am 20. Juni sind nur diejenigen Personen stimmberechtigt, die in eine Stimmliste oder Stimmtafel eingetragen oder einen Eintragungsschein besitzen. Das Verzeichnis der Stimmberechtigten wird in allen deutschen Gemeinden in der Zeit vom 6. bis 13. Juni zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt. Jeder Stimmberechtigte ist befugt, Einsicht in diese Listen zu nehmen und Unrichtigkeiten zu beanstanden mit der Wirkung, daß fehlende Stimmberechtigte nachgetragen, zu Unrecht eingetragene Personen gestrichen werden. Die Eintragungen in die Stimmlisten und Stimmtafeln bilden die Unterlagen für die Ermittlung der Gesamtzahl der Stimmberechtigten im ganzen Reich, die für die Bewertung des Abstimmungsergebnisses ausschlaggebend ist. Es würde daher erwünscht sein, wenn die Bevölkerung von der Möglichkeit, durch Einsichtnahme in die Stimmlisten und Stimmtafeln an deren Vereinigung mitzuwirken, weitgehend Gebrauch machen würde. Unabhängig davon, ob der einzelne sich an der Abstimmung beteiligen will oder nicht.

Für die Stadt Berlin hat das Hauptwahlamt des Registrars bereits am gestrigen Freitag durch Säulenanschlag auf die bevorstehende Auslegung der Stimmlisten hingewiesen. Vom heutigen Tage an bis zum Schluß der Auslegungsfrist am nächsten Sonntag, den 13. Juni, veröffentlicht jedes Bezirksamt durch Säulenanschlag für den Bereich eines jeden Berliner Bezirks die Lokale, in denen die Stimmlisten in Berlin ausliegen. Jeder Wähler hat dadurch die Möglichkeit, festzustellen, wo er sich von seiner Eintragung in die Stimmliste überzeugen kann. Aus der ämtlichen Bekanntmachung geht hervor, daß die Stimmlisten diesmal eine ganz besondere Bedeutung haben, da sich aus der Summierung der Stimmlisten im ganzen Reich die Zahl der Stimmberechtigten ergibt. Da 50 Proz. der Stimmberechtigten zur Annahme des Volksentscheids notwendig sind, ist es von großer Wichtigkeit, zu verhindern, daß durch falsche und unberechtigte Eintragungen die Zahl der Stimmberechtigten künstlich erhöht wird.

## Ausnahmezustand über Posen.

### Wegen deutsch-irredentistische Agitation?

Warschau, 5. Juni. (WTB.) Der Ministerrat hatte den Minister des Innern ermächtigt, über Posen und Pommern den Ausnahmezustand zu verhängen. Ueber Pommern wurde tatsächlich der Ausnahmezustand verhängt.

Dem Kurjer Warschawski zufolge, erklärte Ministerpräsident Bartel in einer Unterredung, daß der Ausnahmezustand in Pommern auf Grund von Vorstellungen des Ihorerer Wojwoden Wachowiat erlassen worden sei, der dieses Verlangen mit der umstürzlerischen Agitation deutscher Chauvinisten und anderen Staatsgefährden begründete. Die Verordnung verbietet die Abhaltung von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel, verlangt für Versammlungen in geschlossenen Räumen die vorherige Anmeldung und die Bewilligung durch die Behörden und sieht das Recht der Einschränkung des Straßenverkehrs in den Abend- und Nachstunden vor. Ueberdies wird den pommerschen Behörden das Recht gegeben, ausländische Zeitungen zu konfiszieren oder zu verbieten, wenn deren Inhalt die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden.

## PPS. und Vereidigung Mosceiskis.

Warschau, 5. Juni. (WTB.) Der Obmann des sozialistischen Klubs Dr. Rorek erklärt das Fernbleiben der Sozialisten von der gestern im alten Königsschloß vorgenommenen Vereidigung des neuen Staatspräsidenten damit, daß die Sozialisten darauf Wert hätten, daß die Legalisierung der geschichtlichen Tat des Marschalls Pilsudski im Landtagsgebäude stattfinden würde. Die Verlegung des Schwuraktes in das Schloß hätte als Bestreben aufgefaßt werden müssen, die gesetzgebenden Körperschaften zu übergehen, wozu die Sozialisten niemals ihre Zustimmung geben könnten.

Das Reichskabinett hat, wie schon angekündigt, jetzt neuerlich den früheren Reichsfinanzminister v. Schlieben zum Präsidenten des Landesfinanzamtes Sachsen ernannt.

Die Reichsregierung hat durch ein offizielles Schreiben an die Reichsbahn betont, daß sie sich ihre Entscheidung über die Wahl des Nachfolgers für Dr. Decker durchaus vorbehalten.

Vor dem Portal der nordamerikanischen Gesandtschaft in Montevideo ist eine Bombe explodiert. Es wurde niemand verletzt, auch der angestrichelte Sachschaden ist nur gering. Die Beweggründe zu dem Attentat konnten noch nicht festgestellt werden.

## Clermont-Ferrand.

### Ein Nachwort zum französischen Parteitag.

Von Rudolf Breitscheid.

Mit Absicht habe ich einige Tage verstreichen lassen, ehe ich ein paar Bemerkungen über die Eindrücke niederschrieb, die ich auf dem französischen Parteitag von Clermont-Ferrand gewann. Es ist für den Ausländer nicht leicht, den Verlauf solcher Kongresse vollständig gerecht zu beurteilen. Man mag die Verhältnisse in der anderen Partei noch so gut kennen, man wird immer geneigt sein, den heimischen Maßstab an sie anzulegen oder doch an der Oberfläche der Dinge haften zu bleiben, während es doch unsere Pflicht ist, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß jedes Mitglied der Internationale seine eigene Daseinsbedingungen hat, die wechseln, je nach der Geschichte, der wirtschaftlichen Struktur und dem Temperament des einzelnen Landes. Wir deutschen Sozialisten sind stolz auf die theoretischen Grundlagen unserer Partei, auf den Umfang und die Fertigkeit unserer Organisationen, auf die Disziplin, auf unsere Presse usw. Unsere Bruderparteien haben andere Vorzüge. Wir können unsere Tugenden miteinander vergleichen, aber wollen es nach Möglichkeit vermeiden, sie gegeneinander abzuwägen. Wir sollen nicht über einander richten, uns nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen Gruppen einmischen, und das einzige Recht, das wir uns vorbehalten, ist, ein Wort der Warnung zu sprechen, wenn eine Partei Gefahr läuft, ihre eigene Aktionskraft und damit die der Internationale zu schwächen.

Rein äußerlich gesehen stand in Clermont-Ferrand gerade die Disziplin im Mittelpunkt der Debatte, also etwas, was uns Deutsche ganz besonders interessiert. Drei Tage lang wurden die „Fälle“ besprochen, von denen die wichtigsten waren, daß Genosse Poisson, selbst Mitglied des Parteivorstandes, als Leiter der Genossenschaften einen Aufruf zur Beteiligung an den freiwilligen Beiträgen zur Stützung des Frankens unterschrieben hat, obwohl der Parteivorstand diese ganze Aktion — mit Recht — als falsch und zweckwidrig bezeichnet hatte, und daß der Provinzialverband der Marne bei einer Nachwahl entgegen dem Beschluß des Parteivorstandes ein Kartell mit den Radikalen eingegangen war. Die am Schluß angenommene Resolution verurteilte diese Verstöße über die Ordnung der Partei gegen eine nicht unbeträchtliche Minorität, die sich teils enthielt, teils auch mit Nein stimmte.

Für uns sind diese Disziplinwidrigkeiten schwer verständlich, und wir sind erstaunt, daß nicht der ganze Parteitag in ihrer Beurteilung übereinstimmte. Aber hier gibt es eben Unterschiede zwischen der französischen Partei und der unseren, die wohl beachtet werden müssen. Der organisatorische Zusammenhalt ist drüben weniger fest als in Deutschland, und der Wille zur Unterwerfung unter die Beschlüsse der Instanzen ist geringer ausgebildet. Es fehlt, möchte ich sagen, die Tradition der Disziplin. Der stark individualistische Charakter der Franzosen verleugnet sich auch nicht bei den Mitgliedern der Sozialistischen Partei. Und viele von denen, die jetzt über die Schuldigen zu Gericht sahen, haben bei anderen Gelegenheiten selbst schwer gesündigt und sündigen bis zum heutigen Tage. Sie haben, um von anderem zu schweigen, gelegentlich gegen ausdrücklichen Beschluß der Fraktion mit den Kommunisten gestimmt, sie haben seinerzeit, als bei der letzten Präsidentenwahl die Partei sich für Painlevé einsetzte, für Doumergue votiert. Was aber das Wichtigste ist: unter diesen strengen Richtern befindet sich Maurin, der die radikalste Richtung vertritt, die Einheitsfront mit den Kommunisten predigt und zur Erreichung seines Ziels nicht nur ein eigenes Blatt herausgibt, sondern innerhalb der Partei eine Art von Sonderorganisation geschaffen hat.

Aber man hatte den Eindruck, als ob sich die strengen Richter von Clermont-Ferrand des inneren Widerpruchs, in dem sie sich bewegten, gar nicht bewußt seien, und man würde ihnen zweifellos Unrecht tun, wenn man sie etwa der Heuchelei bezichtigen wollte. Es war ihnen wahrscheinlich selbst nicht klar, daß sie die Disziplinbrüche deshalb so hart beurteilten, weil es Vertreter der anderen „Richtung“ waren, die sie begangen haben. Damit aber kommen wir zu der Hauptsache: es war ein Richtungsstreit, der in Clermont ausgefochten wurde. Alles andere war Beiwerk.

Drei „Tendenzen“ rangen miteinander: 1. die schon kurz charakterisierte Maurinsche; 2. die von Zyromski, Paul Faure und Bracke geführte, deren Resolution auch Léon Blum beitrug, ohne daß er wohl innerlich mit ihren Zielen übereinstimmte; und 3. die, die im wesentlichen durch Renaudel, Grumbach, Marquet und andere repräsentiert wird. Die Gruppe Maurin ist schon geschilbert. Es verdient als Symptom gewertet zu werden, daß zum erstenmal seit dem Spaltungsparteitag von Tours die Annäherung an die Kommunisten auf einem französischen Sozialistenkongress einen Fürsprecher fand, aber diese äußerste Linke, die kaum mehr in den Rahmen der Partei hineinpaßt, und die zum Glück recht unbeträchtlich ist, mag einstweilen beiseite gelassen werden. Der Hauptstreit wurde zwischen den beiden anderen Fraktionen ausgetragen, und er gab dem Kongress sein Gepräge.

Was ist der wesentliche Unterschied zwischen den beiden? Man kann sagen, die Frage der Beteiligung an bürgerlichen Regierungen oder ihre Unterstützung. Offiziell stand dieses Problem in Clermont nicht zur Debatte. Es ist bei früheren Gelegenheiten, wenn man so will, geregelt worden. Aber in Wirklichkeit haben sich an ihm die Geister geschieden, und da die früheren Entscheidungen auslegungs-

fähig sind, können wir uns nicht wundern, daß, ausgesprochen oder nicht, der Gegenstand immer wieder eine Rolle spielt. Die Partei lehnt die Teilnahme an der Regierung ab, sie behält sich die Unterstützung je nach der gegebenen Situation vor. Das sind die Beschlüsse, aber leider hatte Leon Blum nur allzu recht, als er auseinandersetzte, man sei im Grunde weder Regierungs- noch Unterstützungspartei, noch stehe man in der Opposition. Das ist es: unsere französischen Freunde besitzen zurzeit keine ganz klare politische Linie. Sie haben 1924 ein Wahlkartell mit den Radikalen gemacht, haben, nachdem sie den Eintritt in das Kabinett Herriot verweigert hatten, dieses Kabinett im wesentlichen unterstützt. Nach seinem Sturz aber haben sie zum Teil infolge der ganz besonders gelagerten französischen Parteiverhältnisse den sicheren Boden unter den Füßen verloren. Sie haben zu schwanken begonnen, sind nervös geworden, und so geistvoll Blum in seinen ausgezeichneten Reden die Lage auch erklärt, mit der Analyse allein kommt man nicht weiter, es fehlt an einer Synthese, es fehlt an einem festen Entschluß.

Gewiß, die „Linke“ glaubt ihn gefunden zu haben, indem sie den reinen Klassenkampf proklamiert. Aber ist das in diesem Fall viel mehr als ein Schlagwort? Die Abwendung von einem zweifelhaften und inkonsequenten Opportunismus ist gut, der Wille, eine ausschließliche Arbeiterpolitik zu treiben, ist durchaus anzuerkennen. Was indessen fehlt, ist die starke politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, auf die man sich stützen könnte. Die Partei zählt etwas über 100 000 Mitglieder, die Gewerkschaften, die zu ihr in einem mehr als losen Verhältnis stehen, sind schwach, es gibt keine ins Gewicht fallende sozialistische Tageszeitung. Unter diesen Umständen würde man sich durch einen grundsätzlichen Verzicht auf jedes Zusammengehen mit bürgerlich-demokratischen Gruppen bei den Wahlen und im Parlament politisch ziemlich ausschalten und liefe Gefahr, eine revolutionäre Setze zu werden. Die Folgewirkung wäre die Schaffung einer sicheren Basis für eine reaktionäre Regierung, also das Gegenteil von dem, was das französische Volk mit den Wahlen vom 11. Mai 1924 beabsichtigt hat.

Man täusche sich nicht: der Einfluß unserer französischen Freunde auf das politische Leben des Landes ist seit 1924 nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Schon heute hat sich das Zünglein an der Waage n a c h r e c h t s geneigt, und viele von denen, die dem Kartell zugejubelt haben, sind enttäuscht. Wie soll das bei den nächsten Wahlen werden? Der Verlauf der Konferenz von Clermont-Ferrand eröffnet unangünstige Aussichten. Trotzdem hoffen wir, daß die französischen Sozialisten bald den Weg finden, auf dem sie — ohne Verzicht natürlich auf die Prinzipien des Sozialismus — wieder eine politische Macht werden. Im Interesse ihrer selbst, im Interesse der Internationale und im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen.

## Sodenstern leugnet natürlich. Dies Kind, kein Engel ist so rein.

Ehrhards Untergebener, Major v. Sodenstern, erläßt folgende Erklärung gegen Mahraun:

1. Ich habe an keiner Sitzung teilgenommen, über die ein Protokoll aufgenommen worden ist.
2. Ich habe niemals erklärt, daß ein Kommunistenputsch dadurch provoziert werden müsse, daß große Unternehmungen ihre Arbeiter auf die Straße werfen müssen.
3. Ich habe auch in bezug auf eine bevorstehende Regierungsbildung niemals das gesagt, was das angebliche Protokoll behauptet. Ich habe immer nur das gesagt, was ich in der „Deutschen Zeitung“ seit Jahr und Tag vor aller Öffentlichkeit vertreten habe, nämlich
  - a) daß ich einen Putsch überhaupt für aussichtslos halte und
  - b) daß die vaterländischen Verbände im Falle eines Kommunistenputsches nicht daran denken, ihre Haut für eine sozialistische Regierung zu Markte zu tragen.

## Das Schulschild.

Gerade gegenüber der Haupteingangstür an der Wand, auf die die breite Treppe hinauf führt, hängt das Schulschild. Es ist ein großes rundes Brett, in das in den Kriegsjahren Arbeiterkinder, von den Lehrern der Gemeindegemeinschaft angeeifert, Nägel einschlugen: Schwarze, silberne, goldene — immer 10, 20, 50 Pfennig das Stück, hundert und aber hundert. Das Geld sollte einem guten Zweck dienen, war für Kriegerwitwen und invalide Soldaten bestimmt. Ob es sein Ziel erreicht hat, wissen die Arbeiterkinder nicht; auch die Lehrer wissen es nicht.

Das Schulschild aber wurde, als es fertig genagelt war, an jene Wand gehängt. Es zeigt eine Schlange und ein Schwert und trägt die Aufschrift: „Das höchste Heil, das letzte, liegt im Schwerte!“

So hängt es da, zehn lange Jahre schon, unbeweglich. Mit silbernen Nägeln glänzt die Aufschrift Tag für Tag den Kindern ins Auge. Täglich müssen 600 Kinder daran vorbei, treppauf, treppab, und müssen hinschauen, weil das glänzende Schild den Blick fängt. — Zehn lange Jahre sehen 600 Kinder, immer neu hinzukommende, die Schlange, das Schwert und den Spruch. Arbeiterkinder, denen der Krieg Vater und Bruder geraubt hat, Kinder, die dabei Tränen und Nummer der einsamen Mutter mitfühlen, sie müssen Tag für Tag das Schwert und die Schrift sehen, können nicht verstehen und werden doch vergiftet.

Verstehen aber ist bei den Lehrern der Schule, den Männern, denen Arbeiterkinder ihre Kinder anvertraut haben. Es muß noch keiner den Mut gefunden haben, gegen das Schild mit dem Spruch, der Kinderseelen vergiftet, zu protestieren. Für manchen von ihnen ist der Spruch ein Symbol: Das höchste Heil, das letzte, — die Gewalt!

Wer sich nicht zu Kinderseelen hinabneigen mag, um hinzuhören, der hält mit Autorität sich die Kinder vom Leibe, schont sich Kopf und Nerven und greift zum Prügelstock. Das höchste Heil, das letzte, liegt.....

Wer nicht versteht, in Kindern lebendige Kräfte zu wecken und Kinder im Unterricht selbständig und froh zu machen, der drückt den Kindern mechanisch toten Wissensstoff ein. — drückt Kindergeist in Boden mit Gewalt. Das höchste Heil, das letzte liegt.....

Wer als Beamter es nicht vergessen kann, daß die Republik ihm den Nimbus geraubt und den Eltern Rechte an der Schule gegeben hat, der fragt den Teufel nach der Reichsverfassung, die die Erziehung zum Staatsbürger und die Pflege des Gedankens der Väterverehrung fordert. Er sieht das Schild und die Aufschrift und steigt mit stolzer Brust die Schultertreppe hinauf. „Das Beste an der Geschichte ist die Begeisterung, die sie erweckt!“ Und droben in der Klasse müssen Arbeiterkinder eine Geschichtsstunde über sich ergehen lassen, in der es vom Schritt der langen Kerle dröhnt, in

Herr v. Sodenstern vergißt nur hinzuzusetzen, daß es in Deutschland niemals einen Rapp-Putsch gegeben hat, daß Eisner, Gareis, Erzberger und Rathenau noch leben und daß die Nachricht von ihrer Ermordung nur eine Erfindung ist. Es hat niemals in Deutschland Rechtsputschisten gegeben und es gibt keine und wird keine geben.

Wird Herr Mahraun nun um Entschuldigung bitten?

### Sodenstern war bei Hindenburg!

Wie von zuständiger Stelle bestätigt wird, hat eine Unterredung des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit dem Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Major a. D. v. Sodenstern, stattgefunden. Ueber den Inhalt dieser Unterredung könnten nur mit Zustimmung des Reichspräsidenten Mitteilungen gemacht werden. Es wird weiter erklärt, daß, wenn der Chefredakteur einer „großen“ (?) Zeitung eine Audienz beim Reichspräsidenten nachsuche und besonders schwerwiegende Gründe zu ihrer Verweigerung nicht vorlägen, der Antragsteller eben empfangen werde.

Dazu wird vielleicht mancher die Frage erwägen, ob es nicht Gründe von einigem Gewicht wären, daß der Audienzwerber beim Reichspräsidenten der deutschen Republik seit Jahr und Tag in seiner Zeitung Nummer für Nummer dieselbe Republik mit den gemeinsten Beschimpfungen und Verleumdungen vor seinen Lesern verächtlich zu machen versucht....

## Völkische Verleumder.

### Paul Levi und Trebitsch-Lincoln.

Genosse Dr. Paul Levi ist den Völkischen durch seine Tätigkeit im Femeauschuß des Reichstags sehr unbequem geworden. Sie haben aus seiner letzten Reichstagsrede über die Beziehungen der seinerzeit von Dr. Fick geleiteten Abteilung VIa der Münchener Polizeidirektion zu völkischen Nordgesellen ersehen, daß er tiefe Einblicke in gewisse Zusammenhänge gewonnen hat, die in ihrem Interesse besser unausgedeckt blieben. Also greifen sie gegenüber dem gefürchteten Gegner zu der bei ihnen üblichen Waffe der Verleumdung und beschuldigen Levi, er sei im Kriege bezahlter englischer Agent gewesen.

Die Verleumdung geht auf ein Buch „Völkervergiftung“ des berühmten Abenteurers Breithaupt zurück, und dieser hat sie wieder einer Erklärung von Lauffenberg und Wolfheim entnommen, die behauptet hatten, Levi habe zu Trebitsch-Lincoln Beziehungen unterhalten. Genosse Levi besand sich aber zu der Zeit, da Trebitsch-Lincoln in Deutschland seine segensreiche Tätigkeit entwickelte, in Schwabach, er hat den Mann überhaupt nie gesehen. Genosse Levi hat sofort, als ihm die Verleumdung bekannt wurde, gegen den „Völkischen Beobachter“ Klage erhoben.

Herr Fick hat am 27. Mai im Reichstag erklärt: „Ein Mann von Ehre müsse es ablehnen, vor einem solchen Menschen — wie Levi — als Zeuge zu erscheinen oder mit ihm in einem Ausschuh zu sitzen.“ Das erscheint nach dem Gesagten nur als eine schwindelhafte Ausrede, durch die sich Fick den Unannehmlichkeiten der Ausschuhuntersuchung entziehen möchte. Das wird ihm nicht gelingen!

## Zwischenfälle im Femeauschuß.

### Vernehmung des Zeugen Puttkamer.

Der Femeauschuhungsausschuß des Reichstags setzte Sonnabend vormittag die Erörterung des Mordfalles Baur fort. Der Vorsitzende hatte vorher mitgeteilt, daß sich das dem Ausschuh vorliegende Material um 36 Akten der Organisation Consul vermehrt habe. Als Zeuge wurde der 36jährige Schriftsteller

### Franz v. Puttkamer

vernommen. Der Zeuge war in den Jahren 1911 bis 1920 Mitglied links gerichteter Organisationen in München; 1923 bis 1924 war er dort als Korrespondent größerer republikanischer Blätter, des „Vorwärts“ und des Sozialdemokratischen Pressebüros tätig. Puttkamer hat es u. a. als seine Aufgabe angesehen, die nationalistiche Bewegung in München zu beobachten, der Zeuge wendet sich aber ganz entschieden gegen den wider ihn in der Rechtspresse er-

hobenen Vorwurf, als habe er die nationalistiche Bewegung despienieren wollen. Er sei durch seine öffentliche republikanische und journalistische Arbeit in München bekannt gewesen, daß er gar keine Spitzeltrolche bei den Nationalisten hätte spielen können. Mit dem später ermordeten Baur sei er gelegentlich bekannt geworden, er habe keine Veranlassung gehabt, diesen gegenüber seine Berühmtheit anzugeben, da ihm Baur sonst nicht die außerordentlich gravierenden Mitteilungen über die Mordanschläge auf Rathenau und Scheidemann gemacht haben würde. Der Zeuge bekam einmal eine Einladung zu einer Felddienstadtung, die hat er mitgemacht und dadurch wertvolle Einblicke in das Organisationsleben der nationalistischen Verbände gewonnen. Auch heute noch bereue er nicht diese Handlung, die in den Münchener Zuständen des Jahres 1923 ihre Begründung finden. In der Hauptstadt eines zivilisierten Landes genüge es für den Korrespondenten größerer Blätter, wenn er die Parlamentstreiber umf. besuche. In dem München des Jahres 1923 hätte ein Journalist seine Pflichten aufs grösste verletzt, wenn er nicht auch die nationalistiche Bewegung beobachtet hätte. Der Student Baur, der ständig Diktaturpläne wälzte, habe in den dürftigsten Verhältnissen gelebt und alle Welt angepöppelt. Das Verschwinden Baur's datiert von Anfang Februar 1923. Baur war früher Vorstandsmitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei, Landesverband Mecklenburg, und hat als solcher der Rathenau-Mörder beherbergt. Er war zugleich Vorsitzender der Deutschen Nationalen Jugendorganisation zu Mecklenburg.

Der Zeuge hat an zwei öffentliche Veranstaltungen des Bänderbundes teilgenommen.

Aus den auf allen Tischen ausliegenden Kundgebungen bei einer Fahnenweihe am 11. März 1923 hat der Zeuge den Eindruck gezogen, daß in dieser Organisation planmäßig Femeismörder herangezogen werden sollten. In diesem Sinne hat Puttkamer sofort telegraphisch an den „Vorwärts“ berichtet. Ein vom Bänderbund verbreitetes Flugblatt wird vom Zeugen dem Vorsitzenden überreicht und dann von diesem verlesen. Bei der zweiten von dem Zeugen besuchten öffentlichen Veranstaltung des Bänderbundes, bei der Einweihung von schwarzweißroten Fahnen, die von französischem Gebe bezahlt waren, die blutrünstigsten Reden gehalten, u. a. auch von dem am Freitag vernommenen Vorsitzenden des Bänderbundes Schäfer, von Ruge, der besonders gegen den „Juden“ Dr. Heim vorging.

Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er keine Kenntnisse über den Mordplan gegen Scheidemann lediglich auf eigenen Antrieb pflichtgemäß den Behörden mitgeteilt habe.

Es kommt nunmehr zu einem bemerkenswerten

### Zwischenfall.

Abg. Schäfer (Dtl.) fragt den Zeugen, ob er für seine Tätigkeit in München einen Auftrag von dem Reichskommissar oder dessen Vertreter, Oberregierungsrat Rühleisen, erhalten habe. Puttkamer erwidert den Ausschuh um einen Beschluß darüber, ob er diese Frage beantworten solle. Zur Beschlussfassung darüber wird die Öffentlichkeit der Verhandlungen auf einige Zeit ausgeschlossen. Nach Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung verläßt der Vorsitzende Abg. Schäfer (Dtl.) den Beschluß des Ausschusses, den Zeugen in erster Linie noch einmal über seine Beziehungen zu Baur insbesondere in bezug auf den Mordplan gegen Scheidemann zu vernehmen. Die Beantwortung der Frage des Abg. Schäfer wird zurückgewiesen.

Puttkamer erklärt, daß er im Januar lediglich Einzelheiten über seinen Mordplan an Scheidemann erfahren wollte, um die Ausführung dieses Planes zu verhindern. Selbstverständlich habe er nichts getan, um den Mordplan zu fördern. Wenn das von der Polizei angefertigte Protokoll sage, daß er Baur seinen Revolver zur Verfügung stellen und Reisegeld borgen wollte, so sei das falsch; die damaligen Auslagen seien von dem Zeugen unter dem Druck der Untersuchungshaft gemacht worden. Ueber den Mordplan an Scheidemann habe Puttkamer die Behörden unterrichtet. Staatssekretär Rimmerfall sei extra nach Berlin gefahren, um dem Parteivorstand der SPD. darüber Mitteilung zu machen.

Auf Befragen des Abg. Schäfer (Dtl.) erklärt der Zeuge Puttkamer, daß bei einer Felddienstadtung, die unter der Leitung des Leutnants Heine stand, Zettel ausgegeben wurden mit der Parole:

### „Cuno, Mistvieh, Scheißfick!“

Abg. Schäfer fragt weiter, ob der Zeuge Spitzeldienste gegen die vaterländische Bewegung und gegen Regierungsstellen geleistet habe. Der Zeuge weist den Vorwurf der Spitzeltätigkeit mit Entrüstung zurück. Ein Spitzel sei ein bezahltes Subjekt, er habe getreu der Ueberzeugung, die ihn schon seit zwanzig Jahren befehle, es für seine Pflicht gehalten, wenn er von Mordplänen natio-

der Kanonen trachen und Böller sich morden. Aber nichts wird laut von den Errungenschaften und dem Werden deutscher Kultur, vom Aufstieg der Arbeiterklasse, von den sozialen Räten weiter Volkstreu, von der wirtschaftlichen Verbundenheit der Völker. Das höchste Heil, das letzte, liegt.....

An der Schule hat sich ein nationalistiche Elternbeirat aufgetan, der es wagt, sich „christlich-unpolitisch“ zu nennen, und vorgibt, die Religion zu verteidigen. Er stellt sich zum Schutz vor das Schulschild mit der Schlange, dem Schwert und der Aufschrift. Dieser Beirat muß einen besonderen Christengott verteidigen, denn den mit der Predigt: „Liebet eure Feinde! Stecke dein Schwert in die Scheide!“ kann er nicht meinen.

Sozialistische Elternbeiräte werden dafür sorgen, daß das Schulschild verschwindet und sein Geist in der Schule vernichtet wird.

„Der Störenfried“ im Theater in der Klosterstraße. Die Direktion hat diesmal tief in die Schublade gegriffen, um ihre Sommergäste mit einer neuen Harmlosigkeit unterhalten zu können. Der „Störenfried“ des seligen Koderich Benedix, den schon sehr lange der grüne Raken deckt, hat daran glauben müssen. Das ist so ein Lustspielchen, in dem die schönsten Nichtigkeiten effektvoller aneinandergereiht sind. Ernst Raden als Regisseur hatte leider die Rollen ungeschickt verteilt. Zwei Schauspieler, denen man sonst besseres nachsagen kann, waren mit sichtlich Unlust bei der Sache: Dh Tollen, ein langweiliger Liebhaber, und Harry Förster, der sich in seiner Haut aufscheinend nicht wohl fühle, als Leberrecht breilig und verkrampt. Besser schon Eva Farild, hübsch und temperamentvoll, Hans Warland, ein sehr geduldiger und äußerst lebenswürdiger Ehemann, und Ilse Hirt als seine Frau. Wirklichen ungetrübten Genuß boten aber Sigismund Keister als Graf mit dem aufgeweckten Rückgrat, und — allen anderen voran — Betty Löb, die ihre Babette urwüchsig und dialektischer auf die Bretter stellte. Maria Hofen unerträglich übertrieben, und ganz unästhetisch Hans Kewendt als Gärtner, während Ilse Günther als Jose eine kluge Schlange war. Alles in allem ein Abend, für den mit Dank allein ein Publikum quitierte, das mit einer außerordentlichen Indifferenz und Gleichgültigkeit belästigt ist.

Der Intendant der Staatstheater, Professor Leopold Jehner, hat das Amt des ersten Vorsitzenden des Verbandes Berliner Bühnenleiter niedergelegt. Wegen seiner angegriffenen Gesundheit, wie er erklärt. In einem Antwortschreiben, das der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, Dr. Jidel, an Jehner richtete, wird aber angedeutet, daß nicht nur der Gesundheitszustand des Intendanten, sondern auch die ganze gegenwärtige Konstellation des Berliner Theaterlebens Jehner zu seinem Schritt bewegen habe.

Zum Streit um den Umbau der Staatsoper. Nachdem der Kultusminister im Landtag versprochen hatte, über die Verlegung des Bühnenhauses nach der Ostseite des Opernplatzes mit den zu-

ständigen Stellen zu verhandeln, haben jetzt das Polizeipräsidium, der Magistrat und die Verkehrspolizei entschieden, daß die Straße östlich des Opernplatzes nicht gesperrt werden darf, weil sie den Hauptausgangsweg von der Französischen Straße nach den Linden hin bildet. Damit ist der Vorschlag der Akademie unannehmbar geworden.

Zum Streik im Bühnenvolksbund wird jetzt bekannt, daß Herr Gerst bereits Anfang Mai in einer Bundesleitersitzung in Hamburg genötigt worden ist, sein Amt niederzulegen, und die Amtsüberlegung durch seine Unterschrift zu bestätigen. Nach Verlauf einiger Zeit soll er dann erklärt haben, es sei nie seine Absicht gewesen, jene freiwillig geleistete Unterschrift anzuerkennen. Dieses Verhalten des Herrn Gerst sei der Grund für den Rücktritt der Herren Dr. Großsch und Emil Ritter gewesen.

Die Ausstellung „Revolutionäre Kunst des Westens“ in Moskau. In dem ehemaligen Rumjanzew-Museum in Moskau ist eine große Zahl von Werken der bildenden Kunst Westeuropas ausgestellt, die sämtlich in irgend einer Form revolutionäre Ideen, Motive aus der Arbeiterbewegung, Kundgebungen des Proletariats usw. zum Ausdruck bringen. Die Sowjetpresse äußert sich mit großer Anerkennung über diese Ausstellung. Bisher habe das russische Publikum nur sehr wenig Gelegenheit gehabt, diejenigen Künstler des Auslandes kennenzulernen, die Ideen Ausdruck geben, welche gerade in dem Staat der Arbeiter und Bauern besonders interessieren müssen. Diese Ausstellung bilde den ersten Versuch, einen solchen Ueberblick zu geben. Den ersten Rang in der Ausstellung nimmt nach den Urteilen der Sowjetpresse die deutsche Künstlergilde ein. Ganz besonders starken Eindruck haben die Zeichnungen von Käthe Kollwitz gemacht. Die „Pravda“ rühmt besonders ihren „Bauernkrieg“ und auch ihre neueren Werke. Außerdem werden von deutschen Künstlern hervorgehoben George Grosz, Otto Dix und Felix Müller. Außerdem sind England, Frankreich, Belgien, Desterreich und Ungarn vertreten. Die Presse rühmt die „internationalen Flammenprophete“ aller dieser Kunstwerke, hebt aber hervor, daß die Kunst des politischen Satires in Sowjetrußland besser entwickelt sei als im Westen.

Gesellschaftungen der Woche. Dienst. Staatstheater: „Die Welt, in der man sich langweilt.“ — Donnerst. Renaissance: „Die heilige Helena.“ — Freit. Königlicher St.: „Gefahr im Meer.“ — Samstag. Staatstheater: „Spanische Arie.“ — Freit. Staatstheater: „Hahnha.“ — Sonntag. Oper am Platz der Republik: „Der Dieb des Wands.“ — Freit. Westend: „Die gute Unbekannte.“

Urania-Vorträge. Mont. u. Dienst. Don. bis Sonnt. (5, 6, 7, 8, 9). Mittw. (3). Die Biene Kojan und ihre Abenteuer. — Mont. bis Mittw. (5, 7). Don. bis Sonnt. (7). Die letzten Tage von Pompei. — Mont. u. Dienst. Don. bis Sonnt. (7) u. Mittw. (9): „Rosa gegen Belle.“ — Mittw. (7): „Die Moral als Lebenskunst.“ — Don. bis Sonnt. (5, 9): „Cuo Vadis.“

Staatliches Seminar für Musikereyhung. In der Hochschule für Musik ist mit Beginn des Sommersemesters ein besonderes Seminar für Musikereyhung eingerichtet worden. Das Seminar ist nur für Studierende der Hochschule für Musik zugänglich.

Die Neue Kunstausstellung. Tarenhienstraße 6. Neill vom 5. bis 30. Juni neue Arbeiten von Franz Domschelt aus, Bilder und Reliefs aus Konstantinopel und dem Balkan.



# Gewerkschaftsbewegung

## Erfolg des Einheitsverbandes der Eisenbahner. Das Wahlergebnis bei der Reichsbahn.

Vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird uns geschrieben:

Das endgültige Ergebnis der Betriebsrätemahlen der Reichsbahn, das nunmehr vorliegt, bestätigt, was das vorläufige Ergebnis bereits angedeutet hatte: den vollen Erfolg des freigewerkschaftlichen Einheitsverbandes. Dieser zählte im Vorjahr bei den Wahlen 191 600 Stimmen. Diesmal erhielt der Einheitsverband 214 249 Stimmen, der GDE. 50 411, der UEB. 23 857 und der Industrieverband 6050 Stimmen. Der Gewinn des Einheitsverbandes beträgt mithin 22 549 Stimmen, das sind 11,93 Proz. Der GDE. erhielt im Vorjahr 49 141 Stimmen, Gewinn 1270 oder 2,58 Proz., der UEB. im Vorjahr 25 338, Verlust 1481 oder 5,89 Proz.; der Freie Eisenbahnerverband als Fortkäufer des Industrieverbandes zählte im Vorjahr 27 102; der Verlust des Industrieverbandes beträgt demnach 21 025 Stimmen oder 77,68 Proz.

Auf Grund dieses Ergebnisses erhält der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands im Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin 19 Sitze von 25 gegenüber 18 am Schluss der Wahlperiode. Die GDE. (christlich) erhält vier Sitze, der UEB. (Hirsch-Dunker) erhält zwei Sitze, der Industrieverband geht leer aus. GDE. und UEB. haben demnach ihren Besitzstand im Hauptbetriebsrat behauptet, während der Einheitsverband ein Mandat im Hauptbetriebsrat gewinnt.

In den Bezirksbetriebsräten bei den 30 Reichsbahndirektionen erhält der Einheitsverband nach den bis jetzt vorliegenden Berichten 271 Mandate gegen 262 im Vorjahr. Er gewinnt somit neun Mandate. Die GDE. erhält 58 gegen 56 Mandate, Gewinn zwei Mandate. Der UEB. erhält 20 gegen 26 Mandate, Verlust sechs Mandate. Der Industrieverband als Nachfolger des Freien Eisenbahnerverbandes erhält in den Bezirksbetriebsräten Berlin und Dresden je ein Mandat, zusammen also zwei Mandate gegen 23 des F.E.B. im Vorjahr, Verlust 21 Mandate.

Der Anteil des Einheitsverbandes an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 72,73 Proz., der des GDE. 17,11 Proz., der des UEB. 8,10 Proz. und der des Industrieverbandes 2,06 Proz. Die Wahlbeteiligung war eine größere als im Vorjahr, obwohl 25 000 bis 30 000 Eisenbahner inzwischen abgebaut worden sind. Prozentual haben sich 85,2 Proz. an der Wahl beteiligt.

Das Wahlergebnis ist also ein glänzendes Vertrauensvotum für die freigewerkschaftliche Richtung bei den Eisenbahner. Der Erfolg des Einheitsverbandes gründet sich in erster Linie auf die unermüdete Tätigkeit der Funktionäre, einschließlich der Betriebs- und Beamtenträte. Er entspringt dem Vertrauen, das die überwältigende Mehrheit der Eisenbahner in die moderne Gewerkschaftsbewegung setzt und er wird für alle Mitglieder und Funktionäre des Einheitsverbandes ein neuer Ansporn zu kraftvoller Interessenvertretung der Verbandsmitglieder sein. Das Wahlergebnis zeigt auch, daß sich bei der großen Masse der Eisenbahner in steigendem Maße die Erkenntnis durchsetzt, daß gegenüber der Willkürherrschaft und den brutalen Ausbeutungsmethoden der Reichsbahn-Gesellschaft nur die Zusammenfassung aller Kräfte den Forderungen des Personals auf Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen zum Siege verhelfen kann.

Die „Rote Fahne“ begleitet dieses Ergebnis mit einem sehr merkwürdigen Kommentar. Sie ist von dem Erfolge des Einheitsverbandes nicht so recht erbaut. Sie sagt, daß die Niederlage der

Schmidle und Genossen größer gewesen wäre, wenn die Leitung des „Einheitsverbandes“ der Niederlage nicht unverständliche Hindernisse entgegengesetzt hätte. Diese Bemerkung, die eine Verteidigung von Schmidle und Genossen ist, wird einem erst verständlich durch den folgenden Satz: „Die Leitung des Einheitsverbandes ist noch immer reformistisch, sie ist noch durchaus nicht durchdrungen von der Notwendigkeit revolutionärer Kampfmethoden.“

Da sich die „Rote Fahne“ außerdem noch brüftet, daß der Erfolg des Einheitsverbandes zurückzuführen ist auf die „kommunistische Opposition“, so wollen wir durch einfache Zahlen den Erfolg der kommunistischen Opposition einmal aufzeigen. Das erste Mal trat diese kommunistische Opposition bei der Wahl im Jahre 1922 selbständig auf. Damals erhielt der Deutsche Eisenbahnerverband 73,23 Proz. der abgegebenen Stimmen, der GDE. 10,98 Proz. und die „sogenannten revolutionären Betriebsräte“ 7,17 Proz. Im Jahre 1924 steigerte sich die Anzahl der für die „Vereinigte Opposition“ abgegebenen Stimmenzahl auf 19,46 Proz. Sie ist inzwischen, wie wir oben aufgezeigt haben, wieder auf ein Minimum zurückgegangen. Die christliche GDE. hat aber ihre Stimmenzahl inzwischen von 10,98 auf 17,11 Proz. gesteigert. Das ist der „Erfolg der kommunistischen Opposition“.

## Für den Einheitsverband der Lebensmittelarbeiter.

Morgen findet von 9 bis 2 Uhr im Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband in Berlin die Urabstimmung über die Verschmelzung der Verbände der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Fleischer statt. Es ist die selbstverständliche Pflicht der Mitglieder, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

In welchem Sinne die Abstimmung zu erfolgen hat, darüber kann angeht die fortschreitende Konzentration des Kapitals, der wachsenden Macht der Kartelle, Syndikate und Konzerne kein Zweifel sein. Nur große Organisationen vermögen dieser wachsenden Macht des Kapitals erfolgreich zu widerstehen.

Gewiß ist die Zahl der kleinen Bäckermeister und Konditoren noch groß. Aber welche wirtschaftliche Bedeutung kommt ihnen zu? Dagegen sehen wir die ständige Ausbreitung der Großbäckereien und Konditoreien mit Filialbetrieb, wir sehen Riesenzentralen des Gastwirts-gewerbes mit eigenen Bäckereien, Fleischereien und Konditoren. Hier weist das Kapital den Weg der Entwicklung. Diesen Weg müssen wir entschlossen beschreiten. Deshalb müssen die Mitglieder des Denag für die Verschmelzung stimmen.

## Herstellung der Einheitsfront.

### In der Tschechoslowakei.

Als zu Beginn des vergangenen Jahres unter dem Vorsitz von Dubeček, Sekretär des JGB., zwischen der tschechischen Landeszentrale in Prag und der deutschen Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg nach ausführlichen Besprechungen die Grundlagen für die Einheit gelegt wurden, fand das Prinzip des JGB. allgemeine Billigung, wonach in jedem Land nur eine Landeszentrale bestehen soll.

Unterdessen haben verschiedene gemeinsame Sitzungen sowie Beratungen innerhalb der beiden Organisationen stattgefunden, mit dem Resultat, daß die Wirksamkeit der gemeinsamen Landeszentrale am 1. Juli d. J. beginnen wird. Dieser Beschluß wurde kürzlich auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden Partner gefaßt. Gleichzeitig wurde die Vertretung der Gewerkschaftskommission in Reichenberg in der Exekutive und den einzelnen Körperschaften der gemeinsamen Landeszentrale bestimmt, sowie die Frage der Art der Anmeldung der deutschen Verbände bei der gemeinsamen Landeszentrale in Prag und der Beitragsleistung geregelt. Diese Anmeldung erfolgt kollektiv durch die Zentrale in Reichenberg. Nach diesem Vertikal werden

diese Organisationen als geschlossene Gruppe in den Publikationen und Statistiken der einheitslichen Landeszentrale aufgeführt werden.

Was die Richtlinien für die gemeinsame Arbeit betrifft, so ist im Prinzip ebenfalls bereits eine Einigung erzielt. Die Vorschläge der beiden Zentren werden von den zuständigen Körperschaften besprochen werden, worauf unter dem Vorsitz von Gen. Dubeček diese Verhandlungen noch vor dem 1. Juli zum Abschluß gebracht werden.

Inzwischen macht die Einheitsbewegung auch unter den einzelnen Gewerkschaften Fortschritte. So dürfte im Baugewerbe eine Verschmelzung der bestehenden drei Verbände bald vollzogen werden. Es bestehen nämlich zwei tschechische Gewerkschaften, wovon die eine nach Rostau abgereist war, aber sehr schnell die Rückreise angetreten hatte. Jetzt ist von den drei Organisationen ein gemeinsamer Aktionsausfluß gebildet worden, der alle Lohnbewegungen usw. zu führen hat. Es ist zu hoffen, daß die gewerkschaftliche Einigung nicht ohne Rückwirkung bleiben wird auf die für die Arbeiterschaft trostlose politische Uneinigkeit.

## Betriebsstörung im Waldenburger Bergwerksbezirk.

Dresden, 4. Juni. (W.Z.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Waldenburg: Infolge einer größeren Betriebsstörung auf dem Julius-Schacht in Weichseln ist die Förderung vorübergehend unmöglich gemacht worden. Da von der Betriebstätigkeit dieses Schachtes auch die Förderung des Bismarck- und Heinrich-Schachtes abhängt, werden durch diese Störung etwa 5000 Bergleute vorübergehend arbeitslos. Von der Grubenverwaltung wird alles getan, um die Schäden zu beheben.

## Darlehen für die englischen Gewerkschaften.

Amsterdam, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in gemeinsamer Beratung mit Vertretern der englischen Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Landeszentralen die Aufnahme eines europäischen Darlehens für den Generalkrat der englischen Gewerkschaften beschlossen und ein entsprechendes Rundschreiben an die angeschlossenen Verbände gerichtet.

## Die Gehaltsbewegung in Oesterreich.

Wien, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die österreichische Gewerkschaftskommission hat sich am Freitag mit dem Ultimatum beschäftigt, das die Wiener städtischen Angestellten an die sozialistische Gemeindeverwaltung gerichtet haben und festgestellt, daß der Verband das Ultimatum vorher nicht bei der Gewerkschaftskommission angemeldet hat. Sie erklärte sich jedoch bereit, einen Ausschuss mit der Aufgabe zu betrauen, zwischen der Gemeinde und dem Verband zu vermitteln und Verhandlungen zwischen den beiden herbeizuführen. Sie machte dabei allerdings zur Voraussetzung, daß während der Verhandlungen auf beiden Seiten alle Kampfhandlungen unterlassen werden, daß vor allem jede Preßpolemik sowie die Urabstimmung der Angestellten über einen Streik zu unterbleiben hat. Die Angestellten werden am Montag zu dem Beschluß der Gewerkschaftskommission Stellung nehmen.

## Bezahlter Urlaub für luxemburgische Arbeiter.

Luxemburg, 4. Juni. (W.Z.) Die luxemburgische Kammer hat einen Vorschlag angenommen, wonach alle Industriebetriebe den Arbeitern jährlich 12 Tage bezahlten Urlaub gewähren müssen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: R. A. Döhler; Soziales und Continen: Fritz Rarhdt; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornharts-Berlin O. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Schöner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.



**Wilhelm Joseph**  
Berlin Großgörschenstr. 1  
Das Haus der  
Schöneberg, Hauptstr. 103  
guten Qualitäten  
Seit 1882

Nur beste Qualitätswaren zu billigsten Extra-Preisen bieten meiner Kundschaft zufriedenstellenden Einkauf und werben selbsttätig vergrößerten Umsatz

## Je 6 Serien

aus meinen großen Spezial-Abteilungen führen aufs neue den Beweis meiner Leistungsfähigkeit

### Kleiderstoffe

Wachseide	neue Karo, 80 cm breit	95 Pf.
Frottée	schwere Qualität, 100 cm breit	95 Pf.
Musseline	reine Wolle, 80 cm breit	1 45
Voll-Voile	weiß und gemustert, 110 cm br.	1 45
Crepe Marocaine	reine Wolle Meier	1 95
Ottomane	Faconné schwarz für nig. Seidenmängel	5 80

### Wäschestoffe

Hemdentuch	mittelkräftige Qualität 80 cm breit	52 Pf.
Louisianatuch	für Leib- u. Bettwäsche geeignet	75 Pf.
Makobatist	reine Ägypt. Baumwolle 80/82 cm breit	85 Pf.
Reinl. Handtücher	vollw. Dreifach gew. u. geh. Stück	98 Pf.
Tischtücher	vollgebleicht 110/150 cm Stück	2 95
Deckbett mit 2 Kissen	aus feinem Wäschezeug	6 95

### Damenkleider

Kleid	Wachmusseline in schönem Dessin	2 75
Kleid	Wachseide, mit weichen Falten	3 75
Kleid	karierter Jumper mit bastfarbig. Rock	5 75
Jackenkleid	für Sport und Reise	10 75
Jackenkleid	auf Halbeide gefüttert	14 75
Mantel	für Sport und Reisen, imprägn.	13 50

### Damen - Wäsche

Unterhüllen	in vielen Ausführungen	75 Pf.
Frottiertuch	gute Qualität, mit lebhaften Streifen	95 Pf.
Taghemd	sehr dauerhafte Qualität, mit Beatz	1 10
Prinzeßrock	solide Qualität, mit breitem Hüfterschnitt	2 45
Nachthemd	erprobtes Wäschezeug, mit breitem Hüfterschnitt	2 50
Badetuch	Gr. 100/100, in weiß oder gemustert	3 75

### Jumper und Röcke

Jumper	Baumwoll-Musseline, viele Muster	95 Pf.
Jumper	in Voll-Voile, reiche Auswahl	1 25
Jumper	Wachseide, moderne Machart	2 75
Jumper	Wachseide, gestreift, mit langen Ärmeln	4 95
Kleider-Rock	aus schwerem Fantasie-stoff	1 45
Kleider-Rock	aus Donegal u. deutschem Covercoat	2 75

### Strümpfe - Korsetts

Damen-Strümpfe	schwarz u. farb. gute Qualität	58 Pf.
Damen-Strümpfe	Seidengriff, gute Strapazier-Qual.	95 Pf.
Kinder-Söckchen	verschiedene Größen	38 Pf.
Herren-Socken	halbhare Sommer-Qualität	48 Pf.
Büstenhalter	in Wäschezeug	65 Pf.
Hüfthalter	mit Gummi-Ansatz und Strümpfhalter	1 35

### Damen - Hüte

Damen-Hut	Fantasiegeflecht mit Band-garnitur	1 80
Damen-Hut	frische Lilienform, schwarz und farbig	2 80
Damen-Hut	neue Kappe, aus Band gearbeitet	3 90
Damen-Hut	in Sportform, Fantasiegeflecht	4 90
Damen-Hut	Häke gearbeitet, mit Band garniert	4 90
Damen-Hut	Pikot mit Band	5 80

### Herren-Artikel

Einsatz-Hemden	moderne Streifen	1 85
Garnitur	Hemd und Beinkleid, farbig	3 95
Oberhemden	neueste Muster, gefütterte Faltenbrust, mit 2 Kragen	4 90
Sport-Hemden	Zephyr, mit 2 Kragen	5 45
Damenschirm	in Hülle mit fester Webkante, 12teilig	6 90
Damenschirm	elegante Bordüre, in brauner Hülle	9 75

Gardinen Teil gewebt 50 Pf.  
Halbstores Elamine mit Einsatz 1 50

## Im Spezial-Haus für Innen-Dekorationen und Teppiche

Künstler-Garnitur	3 Platel, 1 Bogen	2 75
Sieppdecken	Handarbeit, Zeil. Satin	16 50
Kissen-Garnituren	Sitz u. Rücken	2 80
Läuferstoffe	67 cm br., neueste Muster	1 50

1 Waggon Linoleum mit kleinen Druckfehlern, darunter Läufer, Reste, Teppiche zu extra billigen Preisen